

Liebe Teilnehmende der Demonstration,

die Situation in Palästina wegen der wir heute wieder mit so vielen internationalistischen Gruppen zum Protest zusammenkommen, ist erschreckend:

Mehr als 9000 Tote, davon 3760 Kinder sind bisher Opfer des brutalen Bombardements im Gazastreifen geworden. Und das sind nur die Zahlen, die wir aus den Krankenhäusern kennen, wir wissen nicht, wieviele noch unter den Trümmern der zahllosen Wohnhäuser liegen, die die israelische Armee gezielt attackierte bei ihrer Flächenbombardierung von Städten und der Infrastruktur.

Dabei gibt es auch Nachrichten von wahren Massakern, wie die brutale Bombardierung des Flüchtlingslagers von Jabaliya bei Gazastadt an drei Tagen hintereinander von 31. Oktober bis 2. November. Allein diese Bombardierung forderte Hunderte von Toten. Die israelische Armee schnürt gleichzeitig die Zivilbevölkerung in Gaza von der Lieferung von Wasser, Nahrung, Treibstoff, Strom und den Kommunikationsmöglichkeiten wie Internet völlig ab mit den entsprechenden Folgen für die Versorgung der Verletzten und Kranken sowie einem höllischen Alltag mit sirrenden Drohnen über den Köpfen und Bombenabwürfen in kürzesten Abständen.

Nicht nur im Gazastreifen auch in den übrigen Teilen des Landes sind die Palästinenser:innen großer Gefahr ausgesetzt. Die israelische Regierung hat die Siedler noch weiter bewaffnet. Allein seit 7. Oktober, also seit knappen 3 Wochen, haben israelische Armee und Siedler:innen allein in der Westbank 129 Palästinenser:innen getötet, darunter sind mindestens 35 Kinder.

Das alles ist keine Reaktion auf den Überfall der Hamas auf israelische Zivilist:innen am 7. Oktober, wie uns die Bundesregierung und andere staatstragende Politiker:innen erzählen.. Diese Angriffe auf die Zivilist:innen durch Hamas-Kämpfer:innen und andere am 7. Oktober haben wir alle selbstverständlich von Anfang an und immer wieder deutlich verurteilt.

Der jetzige Krieg mit seinen vielen Tausenden Opfern und massiver Flächenbombardierung der Zivilbevölkerung Gazas ist keine Verteidigung. Das ist vielmehr die Kriegsführung des israelischen siedlerkolonialistischen Apartheidsystem mit der seit 75 Jahren andauernden Unterdrückung und Vertreibung der Palästinenser:innen. Dieses siedlerkolonialistische Apartheidregime hat auch die ultrarechte Netanjahu-Regierung hervorgebracht mit ihren faschistischen Kahanisten an wichtigen Positionen, die jetzt besonders brutal zuschlagen. Die rechtsextremen israelischen Regierungsvertreter haben mehrfach offen gesagt, um was es ihnen geht, nämlich um die Zerstörung des Gazastreifens mit seiner Infrastruktur und um die Vertreibung von möglichst vielen Palästinenser:innen in Richtung Sinai im Stil der Nakba von 1948. Ein Ministerium der Netanjahu-Regierung legte sogar einen detaillierten Plan dafür vor, wie dieser „Transfer“ in die Sinai-Wüste umgesetzt werden kann. Die israelische Armee nimmt auch keine Rücksicht auf die Geiseln vom 7. Oktober. Ganz im Gegenteil, viele Zivilist:innen und auch Soldat:innen, die von der Hamas in den Gazastreifen verschleppt wurden, sind bereits im Bombenhagel der israelischen Armee getötet worden. Ihre Angehörigen protestieren seit Wochen für einen Austausch mit palästinensischen Gefangenen und für einen Waffenstillstand.

Es ist offensichtlich, schon allein die Abriegelung der Zivilbevölkerung des seit 1967 vom Staat Israel besetzten Gazastreifens stellt ein Kriegsverbrechen dar. Und es liegen bereits jetzt weitere Analysen von Kriegsverbrechen vor, die juristischen Kriterien genügen. Amnesty International hat sie erstellt und setzt die Recherche fort. Ai Generalsekretärin Agnés Callamard kommentiert: „Unsere Recherchen liefern eindeutige Beweise für Kriegsverbrechen im Zuge der israelischen Bombenkampagne, die dringend untersucht werden müssen.“ Unter Expert:innen macht der Begriff Genozid -Völkermord die Runde: Holocaust- und Genozidforscher Raz Segal belegt diese Situation für den Gazakrieg in den US-amerikanischen Jewish Currents, in den USA ist der Leiter des New Yorker Büros des UN High Commissioner of Human Rights Craig Mokhiber zurückgetreten. Angesichts der Situation im Gazastreifen spricht Mokhiber von Völkermord und befürchtet, dass die UN nicht entschieden genug eingreift. Das sind nur zwei Beispiele von vielen.

Während Amnesty International als Konsequenz aus der Situation ein Waffenembargo gegen alle an der Auseinandersetzung Beteiligten und eine Aufhebung der Blockade des Gazastreifens fordert, liefert die Bundesregierung Rüstungsgüter an den Staat Israel. Darunter sind bewaffnete Drohnen, die schon früher bei Kriegsverbrechen im Gazastreifen zum Einsatz kamen, sowie Munition für die Marine. Und die deutsche Regierung stationiert auch das Kommando Spezialkräfte Calw zum eventuellen Einsatz in der Nähe, auf Zypern.

Im Angesicht von Krieg und völliger Blockade des Gazastreifens lehnte Außenministerin Baerbock etwa 2 Wochen auf einem Kairoer Gipfeltreffen einen humanitären Waffenstillstand ab und war damit Hauptverantwortliche für das Scheitern humanitärer Maßnahmen. Jetzt fordert sie humanitäre Fenster – was auch immer das sein soll – ein offensichtliches Feigenblatt für ihre unerbittliche Unterstützung des brutalen israelischen Kriegs. Bundeskanzler Scholz lobte beim EU-Gipfel am 26. Oktober gar das demokratische Israel und seine humanitären Prinzipien. Er habe keinen Zweifel, dass sich die israelische Armee an das humanitäre Völkerrecht halte. Mehr grünes Licht für das mörderische Vorgehen der israelischen Armee ist kaum möglich.

Bei seiner Rede gegen den wachsenden Antisemitismus in der BRD denkt der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck nicht etwa darüber nach, ob dies mit dem steigenden Einfluss der Rechtsextremen in der BRD zusammenhängt. Dabei sind die deutschen Rechtsextremen nach den Statistiken bis weit ins Jahr 2023 für den überwiegenden Teil der antisemitischen Straftaten in der BRD verantwortlich.

Habeck jedoch greift die Demonstrationen und Proteste gegen das brutale Vorgehen der israelischen Armee an und behauptet wahrheitswidrig, dass von diesen in großem Maß Antisemitismus ausgehen würde. Das ist eine gefährliche Funktionalisierung des Antisemitismusbegriffs, um die israelische Armee rein zu waschen. Habeck macht damit Stimmung gegen Migrant:innen, die häufig direkt von den israelischen Kriegen betroffen sind. Und noch schlimmer, es stärkt die deutsche antisemitische und rassistische Rechte, die so indirekt entlastet wird. Habeck schwingt den Knüppel auch gegen Linke, die es wagen, den Staat Israel aus antikolonialer Perspektive zu kritisieren. Die Linke wird von Habeck und den meinungsführenden Medien angegriffen, da sie Israel als Apartheidstaat kritisieren. Doch weder Habeck noch diese Journalist:innen interessiert es, dass sich die Linke mit ihrem

Apartheidvorwurf gegen den Staat Israel unter vielen vielen anderen auf die große jüdisch-israelische NGO *B'Tselem* stützen kann.

Das Klima mit Organisations- und Demonstrationsverboten, mit der Kriminalisierung von Parolen, die sich auf Apartheid und Siedlerkolonialismus beziehen sowie der Verdrängung von palästinensischer Kultur und Geschichte an deutschen Schulen ist bedrückend, vor allem für Migrant:innen. Doch die Repression trifft auch unsere jüdischen Freund:innen. Es war die Berliner Grünen-Senatorin Kahlefeld, die das Ende der Förderung des Kulturzentrums *Oyoun* fordert. Ihre Begründung, in diesem Zentrum findet heute die Feier zum 20-jährigen Bestehen der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost statt, die u.a. BDS unterstützt. Inzwischen glauben die nicht-jüdischen deutschen Grünen offensichtlich, den Jüdinnen und Juden vorschreiben zu können, wie sie sich gegenüber dem Staat Israel zu verhalten haben. Das ist eine Schande, vor allem Land der Holocaust-Täter.

Diese Repression klappt nicht mit uns. Wir leisten Widerstand und wir sind nicht allein. Zehntausende, Hunderttausende sind heute in Berlin und weltweit auf der Straße und protestieren gegen Gazakrieg und Repression.

Wir fordern:

Waffenstillstand jetzt – Ceasefire now - Keinerlei Rüstungszusammenarbeit mit dem siedlerkolonialen Apartheidstaat Israel - Free Palestine ! No Apartheid, No Racism! No Zionism

Es lebe die internationale Solidarität !

Palästinakomitee Stuttgart e.V. – palaestinakomitee-stuttgart.de